

# Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Zeitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 36.

Dienstag, 13. Februar

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingelant) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages veröffentlicht eine Rundgebung, wonach sie nach der Niederlegung des Präsidiums durch Dr. Spahn sich auferstanden sieht, sich an diesem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Dr. Paasche ist von der Fraktion gebeten worden, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen.

Im Weichschachte der Grube Neden bei Reutichen a. d. Saar ist gestern während der Förderung das Förderseil, wodurch die Förderkäbel sich überführen. Der Bergschacht tötete drei untenstehende Arbeiter und verletzte drei schwer und zwei leicht.

Im Streitgebiet des Borinage hat sich durch die seitens der Gruben-tiger erfolgte Ablehnung des Vorschlags des Provinzialrats, einen dreimonatigen Versuch mit achtstündiger Lohnzahlung zu machen, die Lage noch verschärft.

In Peking ist gestern das Edikt veröffentlicht worden, in dem der Thron die Republik annimmt.

## Ämtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Fabrikbesitzer Georg Bornmann in Dresden den ihm von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen verliehenen Orden Adlerorden 4. Klasse annehme und trage.

In Befolgung der Verordnung des Königlich Ministeriums des Innern vom 7. Februar 1909, die staatliche Prüfung der Krankenpflegepersonen betr., wird hiernit bekannt gegeben, daß im Jahre 1911 den nachverzeichneten Personen der Ausweis für staatlich anerkannte Krankenpflegepersonen erteilt worden ist:

- Helene Ackermann aus Leipzig,
- Helene Fald aus Rodwa,
- Hedwig Heinke aus Schnabitz,
- Emmy Hohmann aus Leipzig,
- Gertrud Kägel aus Oberottendorf,
- Emma Rontag aus Deuben,
- Johanna Röhrben aus Leipzig,
- Martha Weichsel aus Ragdeburg,
- Martha Winter aus Halle,
- Hedwig Elisabeth Schönherr aus Dresden,
- Elisa Martha Köhler aus Dresden,
- Anna Helene Wagner aus Chemnitz,
- Elisabeth Vogel aus Naun,
- Elfriede Steffen aus Kurnitz,
- Charlotte Wolf aus Danzig,
- Emil Franz Krieger aus Reichenbach,
- Helene Magda Hesse aus Leipzig,
- Marie Alice Bock aus Leisnig,
- Kamilla Gertrud Berger aus Oederan,
- Selma Krüger aus Krasnitz,
- Bertha Ruch aus Reichen,
- Emilie Popkai aus Königshütte,
- Anna Siebert aus Schirgiswalde,
- Amanda Hedwig Reichler aus Kurnitz,
- Luisa Hedwig Wilhelm aus Sachsenburg,
- Luisa Charlotte Lehner aus Oibershausen,
- Henriette Anette Gottfried aus Riga,
- Felix Arno Höhne aus Dresden,
- Flora Wilba Degenfolbe aus Wäßen St. Jacob,
- Selma Wilba Täpner aus Ammelbors,
- Hedwig Marie Wolff aus Gnashwitz,
- Gertrud Elise Kneifel aus Königswitzberg,
- Emma Henriette Margarete Ballmann aus Bschopau,
- Liddy Helene Günther aus Dresden,
- Meta Born aus Berghausen,
- Emma Feig aus Röllau,
- Marie Obß aus Dresden,
- Auguste Franke aus Dresden,
- Gertrud König aus Dresden,
- Anna Walburga Schrimpf aus Landsberg,
- Clara Elise Bahn aus Weisensefeld.

Dresden, den 9. Februar 1912. 286 L. M. C.

Das Königlich Landes-Medizinal-Kollegium.

Das Königlich Ministerium des Innern hat beschlossen, die Konzession zur Fortführung der Apotheke in Possendorf vom 1. Mai dieses Jahres ab einem hierzu geeigneten Bewerber für seine Person zu erteilen. Bewerbungen um diese Konzession sind spätestens bis zum

15. März 1912

bei der unterzeichneten Königlich Kreisshauptmannschaft einzureichen.

Die Bewerber haben außer ihrem Approbationschein, einem behördlichen Zeugnis und einem Lebenslaufe noch eine nach der Zeitfolge geordnete lückenlose Übersicht über die bisherige Tätigkeit seit der Approbation beizufügen, aus welcher hervorgeht:

- a) die Anfangs- und Endzeit — nach Tagesdaten —
- b) der Ort und
- c) die Art der Tätigkeit.

Ferner sind die einzelnen Zeitangaben fortlaufend zu nummerieren und die entsprechenden Nummern auf die zugehörigen, der Zeitfolge nach geordneten und gehefteten Zeugnisse zu setzen.

Außerdem wird noch auf folgendes hingewiesen:

1. Bewerber, welche eine Apotheke bereits besessen und sie freiwillig wieder veräußert haben, können in der Regel keine und nur ausnahmsweise beim Vorhandensein ganz besonderer Umstände Berücksichtigung finden;

2. Gesuche von Apothekern, welche sich vom Apothekergewerbe abgewendet und durch Übernahme anderer Geschäfte und Stellungen ihrem Berufe entfremdet haben, können nicht berücksichtigt werden;

3. Gesuche von Apothekern, die erst seit kürzerer Zeit als 12 Jahre zurückgerechnet, approbiert sind, haben keine Aussicht auf Erfolg;

4. Konzessionen werden nur als persönliche verliehen, sind also unveräußerlich und unerblich.

Persönliche Vorstellungen im Königlich Ministerium des Innern sind zwecklos.

Dresden, am 8. Februar 1912.

Königliche Kreisshauptmannschaft.

Das Kaiserl. Gesundheitsamt meldet den Ausbruch und das Erlöschen der Maul- und Klauenseuche vom Viehbof in Mainz am 9. d. M.

## Ernennungen, Beförderungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zu besetzen: Die zweite händ. Lehrerstelle zu Borna bei Otschop. Koll.: die oberste Schulbehörde. Einkommen außer freier Wohnung und Gartengenuss 1600 Mk. Bewerbungen sind mit den erforderlichen Unterlagen bis zum 1. März an den Kgl. Bezirkschulinspektor zu Otschop zu richten.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Vom Königl. Hofe.

Dresden, 13. Februar. Se. Majestät der König wird sich nachmittags 6 Uhr 36 Min. ab Dresden-Reustadt zum Regimentsabend beim 3. Feldartillerie-Regiment Nr. 32 nach Riesa begeben und 11 Uhr 11 Min. hierher zurückkehren.

### Deutsches Reich.

#### Die Unterseebootsabteilung.

Als man im Dezember 1906 das erste deutsche Unterseeboot „U 1“ in Dienst stellte, wurde es mit Freiwilligen aus den Torpedodivisionen besetzt und in gleicher Weise wurde bei den in den folgenden Jahren erbauten Booten verfahren. Fast vier Jahre lang fehlten die Torpedodivisionen die erforderliche Besatzung, bis im Oktober 1910 eine Unterseebootkompanie gebildet wurde. Aus dieser erwuchs im April 1911 die Unterseebootsabteilung. Sie bildet das Mannschaftsdepot für die Unterseeboote und mit der Zahl der Boote wächst natürlich der Personalbestand dieser Marinetruppe. Im Laufe

des Etatsjahres 1912 soll die Unterseebootsabteilung auf 516 Mann, und zwar 182 seemannisches und 334 Maschinistenpersonal gebracht werden. Von diesen sind 32 Oberdeck- und Deckoffiziere, 178 Obermante und Raate und 304 Obermatrosen und Matrosen. Im Dienst befinden sich gegenwärtig 12 Unterseeboote. Ihre Zahl wird im Laufe d. J. erheblich gesteigert werden.

#### Eine internationale Kommission zur Untersuchung der Steigerung der Lebenskosten

Dürfte auf Vorschlag von zwei Nationalökonomern, Prof. Stephan Bauer von der Universität Basel und Irving Fisher von der Yale Universität in New Haven, in absehbarer Zeit eingesetzt werden. Ein Gesetzentwurf ist in diesem Sinne im amerikanischen Senate jüngst eingebracht worden, der britische Handelsminister hat auf eine Anfrage, ob ein solches Unternehmen auf Zustimmung rechnen dürfe, in freundlichem Sinne geantwortet. Auch andere Regierungen haben wissen lassen, daß das Unternehmen ihnen nützlich erscheine. Die Handelsminister von New York hat den Beschluß gefaßt, die Einberufung der Kommission zu empfehlen. Die Proponenten haben von Nationalökonomern und Staatsmännern aller Länder und Parteien Zustimmungsschreiben erhalten.

Um das Interesse weiterer Kreise zu erwecken, haben Bauer und Fisher eine kurze Denkschrift, der ausführliche Begründungen vorausgehen, zum erstenmal in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung (herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Julius Springer in Berlin), und zwar in dem soeben erschienenen Heft 4/5 von Band I, unter dem Titel: „Preissteigerung und Reallohnpolitik“ veröffentlicht. Es wird hier zunächst der Tiefstand der Entwicklung der Preis- und Lohnstatistik dargelegt und der Versuch gemacht, die Ursachen der Preissteigerung länderspezifisch vorzuführen. Sodann werden die Ursachen der Teuerung (Industrialisierung der Welt oder Goldproduktion?) erörtert; ihre Wirkungen auf die Sozialpolitik werden einer geschichtlichen Analyse unterworfen. Was endlich die Reformen betrifft, so wird unterschieden zwischen solchen, welche die Kaufkraft der Geldeinheit betreffen, also in internationale Vereinbarungen münden würden, deren Ziel die Wertbeständigkeit der Zahlkraft wäre, und solchen Eingriffen, die darauf hinzielen, die Kaufkraft der Lohn-einkommen nicht unter eine näher zu bestimmende Grenze sinken zu lassen, Reorganisation des Zwischenhandels, Mindestlöhne, Handels- und Kartellpolitik.

Die Verfasser haben sich begreiflicherweise enthalten, der einzuuberufenden Kommission Vorschläge zu erstatten, sondern lediglich sich bemüht, die Teuerungssfrage auf die internationale Tagesordnung zu stellen und das Interesse aller Kreise für eine parteilose Behandlung wachzurufen. In der Tat ist ja diese Frage ebenso Arbeiter- wie Agrar-, wie Finanz-, wie Bevölkerungsfrage.

#### Eröffnung des Schaumburg-Lippischen Landtags.

Büdeburg, 12. Februar. Der Schaumburg-Lippische Landtag wurde heute nachmittags mit einer vom Staatsminister Frhn. v. Feilich vertreteneu Thronrede eröffnet, in der des Ablebens des Fürsten Georg und der Regierungsübernahme durch den jetzigen Fürsten Adolf gedacht wird. Zum Präsidenten wurde Amtsratsrat Dr. Brunckermann gewählt.

#### Die Präsidentenkrise im Reichstag.

Im Reichstage wurden gestern den ganzen Tag hindurch Fraktionsitzungen abgehalten. Die wichtigste Entscheidung lag naturgemäß bei den Nationalliberalen, die sich darüber klar werden mußten, welche Folgerungen sie aus der durch den Rücktritt Dr. Spahns geschaffenen Lage ziehen sollen. Nachdem, wie die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ mitteilt, ein Versuch, Hrn. Spahn eine Neuwahl mit großer Mehrheit anzubieten, als gescheitert angesehen werden mußte, entschlossen sich die Nationalliberalen, an den weiteren Wahlen zum Präsidium sich überhaupt nicht mehr zu beteiligen, da der Versuch, ein Geschäftspräsidium zu bilden, misslungen war und sie sich andererseits an einem Großblockpräsidium nicht beteiligen wollten. Infolgedessen werde Dr. Paasche keine Stellung als zweiter Vizepräsident wieder niederlegen.

Das genannte Blatt bemerkt weiter hierzu:

Wie es nun weiter mit der Präsidentenwahl werden soll, ist ein völliges Rätsel. Wie man sagt, wollen auch die Konservativen und das Zentrum weiche Jettel abgeben. Es wird also vermutlich nichts anderes übrig bleiben, als daß die Freisinnigen und Sozialdemokraten die Forderung der drei Stellen unter sich ausmachen, jedenfalls bis zur endgültigen Wahl in vier Wochen. Ein möglicher Ausgang für jeden, der die Arbeitsfähigkeit des Reichstages für die dringende Forderung des Augenblicks hält. Da die Mehrheit es voraussichtlich ablehnen dürfte, unter dem Vorbehalt des Sozialdemokraten